

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlich: Emil Müller, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. F. Fannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. Fernsprechnummer 15 11. Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 981. — Zeitungspostamt Nr. 351. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4.20 Mk., monatlich 1.50 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk., ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 15 Pf. — Anzeigengebühr: die 7gelaltete Kolonnenzeile 30 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamt 25 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 2358 Berlin.

Nr. 38.

Magdeburg, Freitag den 14. Februar 1919.

30. Jahrgang.

Die neuen Kriegssteuern.

Von besonderer sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Die sogenannte Kriegsgewinn-Besteuerung soll jetzt ihre endgültige Regelung durch zwei Gesetzentwürfe finden. Durch den Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919 und durch den Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Der erstgenannte Gesetzentwurf bedeutet im wesentlichen eine Wiederholung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918. Dieses Gesetz sieht vor, daß die Einzelpersonen eine Abgabe von Mehreinkommen und eine Abgabe vom Vermögen zu zahlen haben, als Mehreinkommen gilt der Unterschied zwischen dem Friedens- und dem Kriegseinkommen. Als Friedenseinkommen gilt im allgemeinen das steuerpflichtige Einkommen für das Steuerjahr 1914 und als Kriegseinkommen das steuerpflichtige Einkommen für das Rechnungsjahr 1918. Der jetzt vorliegende Entwurf hat diese Bestimmungen übernommen nur mit dem Unterschied, daß als Kriegseinkommen die Jahresveranlagung für das Rechnungsjahr 1919 gilt. Die Differenzen zwischen Friedens- und Kriegseinkommen bildet das abgabepflichtige Mehreinkommen. Wie im Gesetz für 1918 soll auch nach dem Entwurf für 1919 ein

Mehreinkommen bis 3000 Mark abgabefrei

bleiben. Ferner ist vorgesehen, daß als Friedenseinkommen mindestens ein Betrag von 10000 Mark gilt. Hat also jemand im Jahre 1914 ein Einkommen von 6000 Mark gehabt und wird er für das Rechnungsjahr 1919 mit einem Einkommen von 15000 Mark zur Einkommensteuer veranlagt, so beträgt das nach dem Gesetzentwurf abgabepflichtige Mehreinkommen nicht 9000 Mark, sondern nur 2000 Mark. Denn einmal bleibt die Differenz zwischen 6000 bis 10000 Mark unberücksichtigt und weiter sind die ersten 3000 Mark, wie schon oben gesagt, abgabefrei.

Die Abgabe von Mehreinkommen beträgt für die ersten 10000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 10000 Mark 10 v. H., für die nächsten 30000 Mark 20 v. H., 50000 Mark 30 v. H., 100000 Mark 40 v. H., für die weiteren Beträge 50 v. H. Der höchste Abgabefuß von 50 v. H. würde also für den Teil des Mehreinkommens Platz greifen, der über 200000 Mark hinausgeht.

Die Abgabe vom Vermögen

ist gleichfalls dem Gesetz für 1918 nachgebildet, nur mit dem Unterschied, daß die Abgabe nicht nach dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1916, sondern nach dem vom 31. Dezember 1918 berechnet werden soll, wobei die entsprechenden Bestimmungen des Besitztsteuergesetzes Platz greifen. Hinsichtlich der Abgabe vom Vermögen ist indes ein wichtiger Vorbehalt zu machen. Kommt nämlich, was als sicher anzunehmen ist, die große Vermögensabgabe, so würde die verhältnismäßig kleine, die der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vorsieht, nicht erhoben werden. Aber auch wenn die kleine Vermögensabgabe zur Durchführung kommen sollte, so werden die Vermögen von nicht mehr als 100000 Mark von der Steuer befreit sein.

Über mehr als 100000 Mark Vermögen

hat, wird abgabepflichtig und muß für die ersten 200000 Mark 1 vom Tausend zahlen, für die nächsten angefangenen oder vollen 500000 Mark 2 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 500000 Mark 3 vom Tausend, für die nächste 1 Million 4 vom Tausend und für die weiteren Beträge 5 vom Tausend.

Daneben sollen

auch die Gesellschaften

eine Abgabe zahlen, und zwar vom Mehrgewinn des fünften Kriegsgeschäftsjahrs, das in der schon bisher üblichen Weise festgestellt wird. Während nach dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 vom Hundert betrug, ist sie in dem Entwurf für 1919 mit 80 v. H. vorgezogen, und zwar ist die Staffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn degressiv. Alle Mehrgewinne über eine Million Mark zahlen 80 v. H. Kriegssteuer; für geringere Gewinne sind Ermäßigungen um 10 bis 50 v. H. vorgesehen. Die Erhöhung der Abgabe bis auf 80 v. H. des Mehrgewinns hat eine Vorsorge in der Richtung notwendig gemacht, daß ein Uebermaß der Besteuerung verhin-

dert wird. Diese Vorsorge besteht darin, daß die Mehrgewinne des Reiches einschließlich der Staats- und Gemeindesteuer, soweit diese letzteren von dem den Mehrgewinn bildenden Teile des Einkommens erhoben werden, in jedem Falle nicht über 90 v. H. hinausgehen soll.

Eine weitere Kriegsgewinnbesteuerung kommt für Gesellschaften nicht in Betracht, dagegen findet die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen erst ihren Abschluß durch den oben erwähnten zweiten Gesetzentwurf über eine

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Nach dieser muß der in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember erzielte Vermögenszuwachs sehr hoch versteuert werden. Die Abgabefuß bewegen sich nämlich zwischen 10 und 100 Prozent. Nicht abgabepflichtig ist ein Vermögenszuwachs bis zu 3000 Mark. Wer 13000 Mark Vermögenszuwachs hat, bei dem werden 10000 Mark abgabepflichtig, und für diese 10000 soll die Abgabe 1000 Mark betragen. Wer einen abgabepflichtigen Vermögenszuwachs von 50000 Mark aufzuweisen hat, muß davon 10500 Mark, wer 100000 Mark abgabepflichtigen Vermögenszuwachs hat, muß 30500 Mark abgeben. Bei 500000 Mark abgabepflichtigem Vermögenszuwachs beträgt die Steuer bereits 300500 Mark. Im übrigen ist die Abgabepflicht so konstruiert, daß niemand von seinem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199500 Mark behalten kann.

Erwähnenswert ist noch, daß die Schenkung steuerlich dem zur Last fällt, der sie vorgenommen hat. Er hat sie seinem Vermögensstand hinzuzurechnen, so daß es ganz zwecklos ist, wenn z. B. Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuerfüßen zu kommen, Vermögensteile an ihre Kinder verschenken.

Man kann damit rechnen, daß gegen die in den beiden Gesetzentwürfen vorgeschlagenen hohen Steuersätze von den kapitalistischen Interessenten kräftig Sturm gelaufen wird. Aber die Finanznot des Reiches wird in ihrer Ueberzeugungskraft hoffentlich stärker sein als die Interessen der Kriegsgewinner und damit einer gerechten Steuerpolitik, die die Lasten den starken Schultern auflädt, zum Siege verhelfen. —

Die Internationale wiedererstand

Das Band der internationalen Arbeiterbewegung ist wieder geknüpft. Nach vielen Jahren Krieg und nach der unglücklichen Leidenschaft, deren Feuer die Interessensolidarität der internationalen Arbeiterchaft zu zerstören drohte, ist die Internationale in Bern in den Tagen vom 3. bis 10. zum Februar wieder aufgerichtet worden. Wie hoch dieser Vorgang zu werten ist, wird sich erst bei der Gestaltung des Völkerbundes und bei der endgültigen Friedenskonferenz, die dieses große Weltunglück abschließen soll, zeigen.

Die internationalen Sozialisten, und die internationalen Gewerkschaftsvertreter gleichzeitig, die durch vieljährigen Krieg getrennt und gegeneinander gerichtet waren, haben sich zu friedlicher, gemeinsamer Zukunftsarbeit wieder zusammengetan und glücklich die große Beste gefunden, an der sich die Hoffnungen des internationalen Proletariats und der gesamten Menschheit wieder aufrichten können.

Ueber die letzten Sitzungen erhalten wir folgenden Bericht:

Ueber „Diktatur und Demokratie“ berichtete Branting und legte namens des Ausschusses eine Entschliessung vor, in der es u. a. heißt: Die Konferenz begrüßt die gewaltigen Umwälzungen in Rußland, Österreich und Deutschland und fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen anzunehmen, in deren Rahmen sich politische Umwälzungen vollziehen sollen. Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, die auf der Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung der Betriebe muß planmäßig erfolgen; die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Eine sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teiles des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich. Auf dem nächsten Kongreß soll die Frage des Volkswirtschafts behandelt werden; ein Ausschuß soll diese Frage an Ort und Stelle in Rußland untersuchen.

Macdonald (England) erklärte in der Aussprache, ihm handle es sich darum, dem Sozialismus aller Länder eine gemeinsame Richtung zu geben. Er warnte die Pariser Konferenz

davor, durch ihre Beschlüsse dem Volkswirtschaft zu weiterer Verbreitung zu verhelfen.

Loriot (Frankreich) gab eine Erklärung ab, daß eine Stellungnahme gegen den Volkswirtschaft zur Unterföhrung der bourgeoisiischen Politik Wilsons beitragen würde. Die russische Revolution habe zu viel für den Sozialismus getan, als daß man sie brandmarken könne.

Agelrod (russischer Menschewik) stellt fest, daß der Volkswirtschaft nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat sei. Der Kongreß müsse eine Untersuchungskommission nach Rußland entsenden, weil die Volkswirtschaften nur die Rückkehr der Reaktion ermöglichen, gegen die der Sozialismus stets gekämpft habe.

Friedrich Adler (Österreich) bringt eine von ihm, der französischen Longuevalgruppe, der norwegischen Delegation und dem Deutschen Herzfeld unterzeichnete Erklärung ein, die sich gegen die Brandmarkung der russischen Zustände verwahrt, solange noch keine neuen Nachrichten vorliegen und die Gegenseite nicht persönlich gehört ist.

Darüber entspann sich eine erregte Erörterung. In der Nachmittags Sitzung spottete Troelstra (Holland) über die Demokratie, die jetzt gegen den Volkswirtschaft arbeite und ihren Sitz im Palais Bourbon oder im Credit Lyonnais habe, andererseits wies er darauf hin, daß der Volkswirtschaft die Grundlage der Demokratie verloren habe.

Gawronski (russischer Sozialrevolutionär) erklärt, die Volkswirtschaft hätten zwar das große Eigentum beseitigt, dafür aber das ganze Volk verelendet.

Kautsky lehnt die Resolution Adlers ab und unterstützt die Mehrheitsresolution. Das wichtigste Problem sei jetzt die Föhrung der Produktion. Die Volkswirtschaft hätten den Sozialismus durchführen wollen, aber nichts anderes erreicht, als eine neue Form des Militarismus.

Seuberger stellt im Namen der britischen Delegation fest, daß die Volkswirtschaft auch den Arbeiterparteiern keine Unterstützung nicht getan, weil sie genau wußten, daß ihre Grundföhrung unüberwindlich seien mit denen der Internationale.

Bernstein (Deutschland), dem die deutschen Mehrheitsparteiern das Wort abgetreten haben, erklärt unter allgemeinem Beifall als Gast für England und Frankreich sei der Volkswirtschaft nur eine theoretische Frage, für Deutschland aber eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Republik abhängen. Der Volkswirtschaft könne nicht mit dem Proletariat und der Revolution identifiziert werden. Bernstein ist erkannt, daß die Internationale nicht darauf hinweisen, daß die Volkswirtschaft alles getan hätten, was die revolutionäre Regierung nicht getan habe. Der Volkswirtschaft sei der Tod der Grundgesetze der Revolution. Das hätten die eigenen Berichte der Volkswirtschaft erkennen lassen. Ein Kommission zur Untersuchung des Volkswirtschafts sei daher jetzt nur noch zu dem Zwecke nötig, um festzustellen, daß ein zerfallenes Schiem am Ruder sei, das auch die anderen Staaten zerfallen sollte. Der Volkswirtschaft habe die Korruption in Rußland eingeföhrt und wolle sie auch in die Internationale einföhren, wie er es schon in Deutschland getan habe. Der Sozialismus dürfe in keiner Weise mit dem Volkswirtschaft zusammenarbeiten, da er, und das gelte besonders für das industriereiche Deutschland, den Hunger und das Proletariat bedeuten würde.

Branting führte dann in seinem Schlußwort aus: Obwohl die Meinungen wiederholt auseinander geplatzt sind, können wir feststellen, daß nach den Erklärungen des Kongresses und besonders nach der Klärung einer Frage, die ich nicht hier aufrollen will, die Internationale wieder erstanden ist. Sie muß auf demokratischem Wege jetzt wieder wirken im Sinne des Sozialismus. Ihr Ziel ist der demokratische Völkerverbund, so wie von dem Kongreß beschloffen worden ist. Das heißt, ein Völkerverbund ohne Ausschluß irgendeiner Nation. Wir hoffen, daß das große Ziel erreicht wird auf Grund der Prinzipien, die Wilson für die Demokratie der ganzen Welt aufgestellt hat und wegen welcher er im Kampfe liegt mit gewissen imperialistischen Strömungen. Voraussetzung dieses Völkerverbundes ist, daß ein dauernder und gerechter Friede geschlossen wird.

Wie überragend stark das Gefühl internationaler Verantwortung in der internationalen Arbeiterchaft geworden ist, bewies der voröhnliche Geist in Bern, der auch durch lebhafteste Kontroversen nicht erschüttert werden konnte. Selbst bei der gefährlichsten Erörterung, bei der Diskussion über die territoriale Neugestaltung der einzelnen Länder zeigte sich der unüberwindliche Schwung der Versöhlichkeit. Auf ihr beruht der glückliche Ausgang der Konferenz in Bern und die Uebereinstimmung, die sich in allen Beschlüssen ausgedrückt hat.

Ueber Krieg und Greuel hinweg, über national entfachte Leidenschaften, über Gram und Verbitterung, über Feindseligkeiten und Gehässigkeit, über Sieg und Niederlage haben sich die internationalen Proletarier wiedergefunden, um die feste Kette zu bilden, die sonst ihnen Kraft verliehen hat und die stark genug ist, den Anker der Hoffnung der internationalen Arbeiterchaft zu tragen.

Darin wurzelt die große Freude, die die Sozialistenwelt über den Ausgang des Berner Kongresses erfüllt. Und darin die Ueberzeugung, daß nach all den Wirnissen dieser Kriegsjahre der Weg zum Völkerglück wiedergefunden werden muß. —

Reichsministerium Scheidemann

Reichspräsident Ebert hat den Genossen Philipp Scheidemann mit der Bildung des ersten Reichsministeriums betraut. Am Donnerstag tritt die neue Regierung mit einer

